



Jürgen Peters: Dem Frieden wieder eine Chance geben
Michael Barthel: AfD – die neue Arbeiterpartei?

Beiträge u.a. von
Melisa Atav, Holger Politt,
Hinrich Kuhls, Phil Burton-
Cartledge, Andrew Fisher, John
McDonnell, Wolfgang Müller,
Joachim Bischoff, Klaus Bullan



Forum
Gewerkschaften



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.Sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

»Zammenreißen – Bayern gegen Rechts«

Am 8. Oktober wurde in Bayern ein neuer Landtag gewählt. Zuvor hatten in der Münchner Innenstadt ca. 35.000 engagierte Bürger*innen gegen den Rechtstrend im Land demonstriert. Die Wahlergebnisse haben die Dringlichkeit dieses Engagements unterstrichen [...]

Rechtsverschiebung auch in Hessen

Gewinner der Hessenwahl ist die CDU, die seit knapp 25 Jahren den Ministerpräsidenten stellt und ihr Ergebnis von 2018 – das allerdings schlechteste seit 1966 – um fast acht Prozentpunkte verbessern konnte. Die AfD hat aus allen Richtungen Wähler*innen dazu gewonnen und wurde zweitstärkste Kraft. [...]

Deutsche Wirtschaft weiter auf Talfahrt

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute senken ihre Prognose für die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber der Frühjahrsschätzung um 0,9 Prozentpunkte auf minus 0,6%. Für das Jahr 2024 erwarten sie ein Plus von 1,3%. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und
Leser:innen das konkret machen
könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Pulverfass Naher Osten

Redaktion Sozialismus.de: Israel im Ausnahmezustand – Gaza belagert	2
Friedrich Steinfeld: Flächenbrand in Nahost? Ein neuer Kriegsherde und seine geo-ökonomischen und -politischen Risiken . . .	7

Ein Lichtblick aus Polen, folgt auch Großbritannien?

Holger Politt: Nationalkonservative Zurichtung in Polen beendet Die Parlamentswahlen vom 15. Oktober setzen das Stoppzeichen	11
Hinrich Kuhls: Britannia, quo vadis? Das Vereinigte Königreich vor einem langen Wahljahr	14
Phil Burton-Cartledge: Die Reproduktionskrise der Konservativen Partei Zur schwindenden politischen Macht der Tories	18

Andrew Fisher/John McDonnell: Die Aufgaben einer künftigen Labour-Regierung Bestandsaufnahme des Erbes langjähriger Austeritätspolitik	22
---	----

Ökonomische Schwergewichte in Turbulenzen

Joachim Bischoff: Weltmacht USA in der Sackgasse Kongress-Kammer blockiert Handlungsfähigkeit	28
Wolfgang Müller: Von der Immobilienblase zur Finanzkrise? Chinas Risiko einer langen Phase der Stagnation	35

Forum Gewerkschaften

Jürgen Peters: »Frieden und Abrüstung müssen wieder mehr in den Vordergrund!« Gewerkschaften waren immer ein Teil der Friedensbewegung .	40
Michael Bartels: Die neue Arbeiterpartei? Wie sich die AfD zu Tarifpolitik und betrieblicher Mitbestimmung verhält	43
Martin Beckmann: Gute Arbeit, Tarifbindung, Digitalisierung, Krieg und Frieden Wichtige Beschlüsse und Debatten auf dem 6. ver.di-Bundeskongress	48
Melisa Atav: »Du brauchst jemanden, der den Funken zündet« Über die Proteste gegen die Schließung von Binding in Frankfurt a. M.	51
Nathan Weis / Peter Schadt: Die Lohn-Preis-Spirale Ein als ökonomisches Sachgesetz verkleideter Anspruch des Kapitals	54

Bildungsnotstand bleibt

Klaus Bullan: Bildung in der Transformation Deutschland ist schlecht aufgestellt	56
---	----

Ein neues Bündnis spaltet DIE LINKE

Joachim Bischoff/Klaus Bullan/Bernhard Müller/Björn Radke/Gerd Siebecke: Zum »Bündnis Sahra Wagenknecht« Alternative zur weichgespülten »Ja, aber ...«- Linkspartei?	61
--	----

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum	47
Veranstaltungen & Tipps	64
Martin Groschwald: Fallende Blätter (Filmkritik)	65

Weltmacht USA in der Sackgasse

Kongress-Kammer blockiert Handlungsfähigkeit

von ■ Joachim Bischoff



Foto: picture alliance/dpa

Im Repräsentantenhaus des US-Kongresses herrscht eine politisch bedingte Blockade, die den gesamten Willensbildungs- und Entscheidungsprozess der Hegemonialmacht USA erheblich einschränkt. Seit dem Sturz des Sprechers des Repräsentantenhauses, Kevin McCarthy, durch den Rechtsaußen-Flügel seiner eigenen Partei ist die Kammer führungslos und der amerikanische Kongress handlungsunfähig. Aufgrund von Gegenstimmen aus seiner eigenen Fraktion kam Jim Jordan, der Vertraute des früheren US-Präsidenten Donald Trump, bei den Abstimmungen nicht auf die nötige Mehrheit.

Der Streit innerhalb der Fraktion der Republikaner hat Auswirkungen: Ohne Vorsitzenden ist das Repräsentantenhaus weitgehend handlungsunfähig. Dadurch kann der Kongress u.a. keine weiteren Militärhilfen für Israel, das von der radikal-

islamistischen Palästinenserorganisation Hamas angegriffen wurde, und die von Russland angegriffene Ukraine beschließen. Außerdem: Sollte das Repräsentantenhaus bis zum 17. November keine Einigung mit dem Senat über einen neuen Haushalt erzielen, kommt es zum »Shutdown« – einem Stillstand der Regierungstätigkeit –, den der gestürzte Speaker McCarthy mit einer Übergangsfinanzierung verhindert hatte. Hintergrund der Absetzung McCarthys war, dass die ultrarechten Republikaner sehr tiefgreifende Ausgabenkürzungen durchsetzen wollten.

US-Präsident Joe Biden will dem Kongress den Entwurf für eine Ergänzung des Haushalts vorlegen. Der Demokrat will die Abgeordneten um weitere Mittel zur Unterstützung von Israel, der Ukraine und Taiwan sowie zur Sicherung der Grenze zu Mexiko ersuchen. Daher steigt im politischen System angesichts der

politischen Krisen der Druck auf die Weltmacht. Da der bis dahin letzte Versuch der Republikaner, einen Speaker zu wählen, aber gescheitert ist, drohen dem Kongress weitere Tage, vielleicht Wochen, des politischen Vakuums. »Diese Lähmung ist nicht bloß eine Unannehmlichkeit«, bringt der Demokrat Mike Quigley die Lage im Kongress auf den Punkt. »Es macht unsere Nation verwundbar. Es zeigt der Welt – Verbündeten und Feinden –, dass wir nicht regieren können.«

Dieses Vakuum wirkt sich auf folgende Punkte aus: Erstens muss der Überbrückungshaushalt durch einen ordentlichen Haushalt für 2024 abgelöst werden. Abgesehen von der eingeschränkten Unterstützung für Israel und die Ukraine geht es zweitens um den weiteren Umgang mit der Schuldenbremse, und drittens um die Gestaltung der öffentlichen US-Finanzen.

Der Überbrückungshaushalt

Der Kongress hat Ende September einen Überbrückungshaushalt für 45 Tage bewilligt. Bis zum 17. November ist damit die Finanzierung der Bundesbehörden und der öffentlichen Ausgaben gesichert. Die Laufzeit des im vergangenen Jahr vom US-Kongress beschlossenen Haushalts endete mit Ablauf des Monats September. Bis dahin musste ein neuer Bundeshaushalt beschlossen werden, um die Zahlungsunfähigkeit abzuwenden.

Die Zahlungsunfähigkeit hätte bedeutet, dass die USA auf Bundesebene ohne Verwaltung und öffentliche Einrichtungen wie Flughafenkontrollen und Katastrophenhelfer*innen dagestanden hätten: kein Gehalt für die Angestellten der Regierung, von denen viele hätten Zwangsurlaub nehmen müssen. Dabei leben etliche von Gehaltsscheck zu Gehaltsscheck und haben keine relevanten Rücklagen. Auch ein staatliches Ernährungsprogramm für die Ärmsten wäre buchstäblich ausgehungert worden. Für mindestens sieben Mio. Familien mit kleinen Kindern hätte ein Shutdown besonders dramatisch werden können.

Die Demokraten feierten den Übergangshaushalt als Signal für Kompromissfähigkeit im Kongress. Fakt ist, dass sie von dem abgewählten Republikaner Kevin McCarthy, Vorsitzender des US-Repräsentantenhauses, politisch überrumpelt wurden. Mit seinem Kompromissvorschlag hätten die Demokraten bei einer Ablehnung den Schwarzen Peter für einen Shutdown erhalten, wenn sie sich gegen den Gesetzesentwurf gestellt hätten.

Die Demokraten mussten bei ihrer Zustimmung eine politische Kröte schlucken: Der Übergangshaushalt enthält keine weiteren Hilfen mehr für die Ukraine – ein Kompromiss, auf den sich die Demokraten und das Weiße Haus nur unter massiven Abstrichen eingelassen hatten, um den Shutdown zu verhindern. Das Pentagon warnte davor, dass die derzeitigen Mittel für die militärische Unterstützung der Ukraine bald aufgebraucht sein würden. Daher forderte US-Präsident Joe Biden zügig weitere Unterstützung für das im Krieg befindliche Land. Die Einigung auf den Übergangshaushalt sei zwar eine gute Nachricht für die US-Amerikaner*innen. Aber man könne unter keinen Umständen zulassen, dass die amerikanische Unterstützung für die Ukraine unterbrochen werde. Der US-Präsident fordert die Republikaner auf, weitere Unterstützungen sowohl für die Ukraine und Israel zu ermöglichen.

Der Speaker McCarthy ist allerdings in seiner republikanischen Partei mit diesem Überbrückungshaushalt selbst unter Druck geraten und hat sein Amt verloren. Denn der Überbrückungshaushalt enthält keine weitreichenden Ausgabenkürzungen. Radikale Abgeordnete seiner Fraktion hatten genau das gefordert. Der Konflikt um einen Übergangshaushalt hatte den politischen Hintergrund, dass die Unterstützung des Ukraine-Kriegs in der Wahlbevölkerung der USA höchst umstritten ist. Diese Stimmungsveränderung wird von dem radikalen Teil der Republikaner aufgegriffen, der mit der Position, es gehe vor allem um die Belange der eigenen Bevölkerung, im anlaufenden Wahlkampf punkten will.

Die Unterstützung für den Kurs des aktuellen US-Präsidenten im Konflikt im Osten Europas schwindet: Nur noch 45% der US-Bürger*innen, die vom Meinungsforschungsinstitut SSRS im Auftrag von CNN kürzlich befragt worden sind, seien für eine Genehmigung weiterer Hilfen für die Ukraine durch den Kongress. Eine klare Mehrheit (55%) lehnt die hauptsächlich finanzielle, aber auch waffentechnische Unterstützung Kiews ab. Nur 17% wären dafür, dass US-Truppen direkt in der Ukraine zum Einsatz kommen. 43% sind für eine Unterstützung der Ukraine mit Waffentechnologie, 53% für die militärische Ausbildung ukrainischer Truppen und 63% für eine Hilfe mit Geheimdienst-Informationen.

Ein Jahr vor den US-Wahlen haben diese Einblicke in die Stimmung der Bevölkerung Brisanz: Joe Bidens Wahlkampfteam wird nicht wirklich punkten können, wenn Entscheidungen gegen die Mehrheit der Bürger*innen gefällt werden – und gleichzeitig der mögliche Herausforderer Donald Trump verspricht, den »Krieg in der Ukraine in zwei Tagen zu beenden«.

Weitere Daten der aktuellen Umfrage für CNN in Sachen Ukraine verstärken das Problem: 59% der US-Bürger*innen sind besorgt, dass die Kampfhandlungen in der Ukraine zu einem noch größeren Krieg in Europa führen könnten. Eine knappe Mehrheit (51%) meint, die Vereinigten Staaten hätten »schon genug für die Ukraine getan«. 56% befürchten, dass der Krieg in der Ukraine auch die nationale Sicherheit der USA gefährdet. 53% sind nicht damit zufrieden, wie Joe Biden im Ukraine-Konflikt handelt. 56% halten es nicht für gut, wie der US-Präsident gegenüber der Russischen Föderation handelt.

Mit dem Übergangshaushalt ist die Entscheidung nur vertagt, wie der Haushalt für das Wahljahr 2024 aussehen soll. Die politischen Grundsatzfragen sind lediglich um 45 Tage aufgeschoben worden. Bidens Demokraten wollten auf keinen Fall den Eindruck erwecken, dass ihnen Hilfe für die Ukraine wichtiger sei als der Gehaltszettel von Millionen Menschen in den USA. Am Ende waren es die Demokraten, die mit ihren Stimmen einen Stillstand der Regierung verhindert haben – allerdings zu einem hohen Preis. Auch wenn die USA ihre Ukraine-Hilfe nicht von heute auf morgen stoppen, sendet der Beschluss ein klares Signal an die anderen Ukraine-Unterstützer*innen. Gut ein Jahr vor der Präsidentschaftswahl zeigt sich, wie kontrovers das Thema Ukraine mittlerweile in den USA diskutiert wird.

■ Joachim Bischoff ist Mitherausgeber von Sozialismus.de.

Die republikanischen Abgeordneten des rechten Flügels, die sich auch auf Donald Trump beziehen, wollten den Ausgabenplänen nur zustimmen, wenn es einen Kurswechsel gibt: Neben der Verringerung der Militärhilfe an die Ukraine auch Maßnahmen zur Grenzsicherung gegen illegale Einwanderung und die Beendigung der einseitigen Personalpolitik im Pentagon. Das Kompromisspaket enthält also weder weitere Ukraine-Hilfen noch drastische Ausgabenkürzungen, die Gesetze enthalten neben den regulären Regierungsmitteln lediglich Katastrophenhilfe.

Anhebung der Schuldengrenze

Der Überbrückungshaushalt machte zuvor einen Beschluss über die Schuldengrenze notwendig. US-Finanzministerin Janet Yellen hatte den Abgeordneten im Kongress schon im Juni mitgeteilt, dass den USA das Geld auszugehen drohe. Weil die USA ihre Schuldengrenze von 31,4 Bio. US-Dollar (etwa 28,6 Bio. Euro) erreicht haben, können sie sich dann nicht mehr mit weiteren Krediten verschulden.

Anfang Juni hatten sich Bidens Demokraten und Republikaner auf einen Kompromiss verständigt, der weniger staatliche Ausgaben vorsieht. Daraufhin konnte das neue Schuldengesetz unterzeichnet werden. Nach wochenlangen zähen Verhandlungen wurde erreicht, dass die staatliche Schuldenobergrenze bis 2025 außer Kraft gesetzt wird. Zusätzlich zum Aussetzen der Obergrenze werden die staatlichen Ausgaben in den kommenden zwei Jahren beschränkt. Mit dem Deal wird der Umfang des Bundeshaushalts faktisch eingefroren. Dafür werden die Budgets vieler Bundesbehörden und Ministerien angepasst. Damit gehen die Demokraten einen Kompromiss ein, da sie den Haushalt ursprünglich vergrößern wollten. Biden sagte in einer Rede, mit dem Kompromiss in nahezu letzter Minute sei das Land vor einem »wirtschaftlichen Zusammenbruch« bewahrt worden. »Nichts wäre unverantwortlicher, nichts wäre katastrophaler gewesen.«

Präsident Biden und die demokratische Partei steckten also schon Mitte 2023 »in einer ausgewachsenen politischen Krise«. Verhandlungen über eine Anhebung der Schuldengrenze in einem Koppelgeschäft mit den von den Republikanern geforderten Ausgabenkürzungen lehnte er zunächst entschieden ab. Der Kongress, so seine Forderung, solle den Kreditdeckel ohne Bedingungen entfernen. »Der extreme MAGA-Plan (Trumps Wahlspruch ›Make America Great Again‹) würde die entscheidenden Mittel für Bildung und öffentliche Sicherheit beschneiden [...] sowie Millionen arbeitenden Familien ihre Krankenversicherung und ihre Lebensmittelhilfen nehmen«, warnte Biden.

Bei einem Zahlungsausfall wäre nicht nur der gesellschaftliche Reproduktionsprozess in den USA gefährdet, sondern durch die Vorherrschaft des Dollar-Wallstreet-Regimes würde die Weltwirtschaft extrem geschädigt. Denn 60% der Weltwährungsreserven sind im US-Dollar geparkt. Die harten Sanktionen gegen Russland und das Einfrieren von 600 Mrd. US-Dollar russischer Währungsreserven unterstreichen die politische Dimension der Vormachtstellung des US-Dollars.

Das US-Schuldenlimit war in den vergangenen Jahrzehnten unter Präsidenten beider Parteien dutzende Male ausge-

Abb. 1: Defizit-Dynamik in den USA (Budget-Saldo in % des BIP)

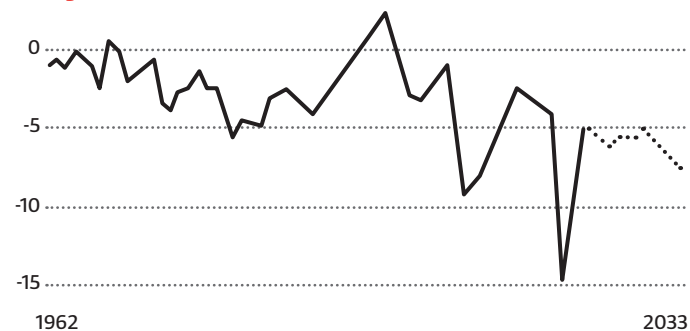
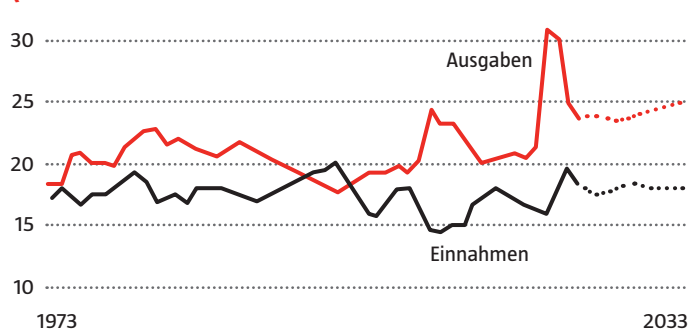


Abb. 2: Das US-Budget: Einnahmen und Ausgaben (in % des BIP)



setzt oder angehoben worden – und das mit parteiübergreifenden Mehrheiten. Die Republikaner machen ihre Zustimmung zur Anhebung der Obergrenze dieses Mal von rigorosen Ausgabenkürzungen abhängig, was sicher das politische Ende der Ära Biden wäre. Unbestritten: Ein Zahlungsausfall hätte potenziell verheerende Folgen für die USA und das internationale Finanzsystem.

Das Congressional Budget Office hat darauf hingewiesen, dass steigende Zinssätze die Defizite der Bundesfinanzen dramatisch erhöhen. Die Ausgabenprogramme der Präsidenten Trump und Biden im Kampf gegen die Folgen der Corona-Pandemie und gegen die Rückwirkungen des Klima-Wandels führten dazu, dass die Schulden der öffentlichen Institutionen in den nächsten zehn Jahren um etwa 19.000 Mrd. US-Dollar zunehmen werden. Das wären knapp 20% mehr als bisher prognostiziert, weil die Zinskosten zunehmen und die finanzielle Versorgung von Veteranen, Rentner*innen und dem Militär immer teurer wird.

Es existiert also durchaus ein ernstes Problem: Die öffentliche Gesamtverschuldung des amerikanischen Staates wird im Jahr 2024 gemäß den vorgelegten Daten der gesamten jährlichen Wirtschaftsleistung der Volkswirtschaft des Landes entsprechen und bis 2033 auf 118% der Wirtschaftsleistung steigen (siehe Abb. 1). Die »wahre Schuldenlast« ist aber deutlich höher, weil viele der ungedeckten Verbindlichkeiten in Form von Zahlungsverprechen in dieser Statistik gar nicht erst erscheinen.

Eine politisch vertretbare umfassende Steuerreform hat es in den letzten Jahren nicht gegeben, folglich musste die institutionell vorgegebene Grenze für die Kreditaufnahme immer wieder erhöht werden. Seit 1960 hat diese Notlösung 78-mal stattgefunden. Das sorgt besonders dann für Zündstoff, wenn der

Abb. 3: Ausgaben des Bundes (in% des BIP)

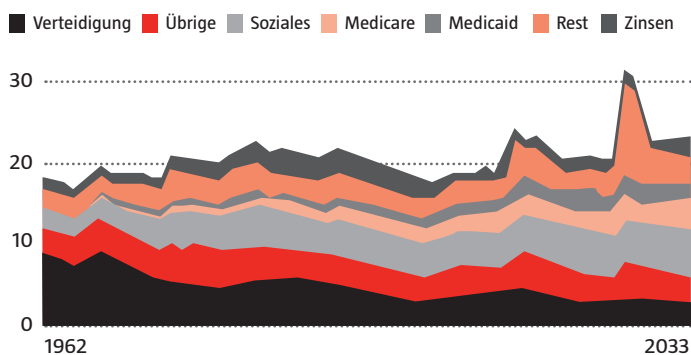
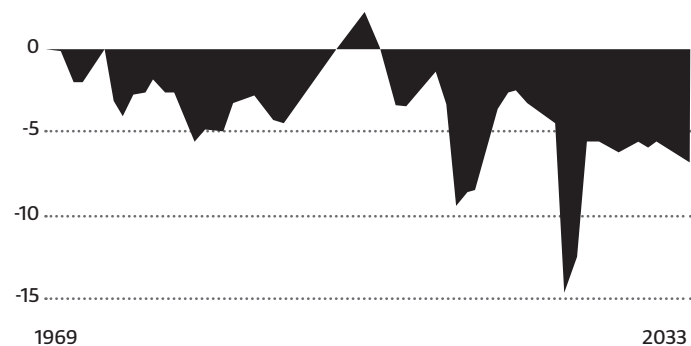


Abb. 4: US-Budgetdefizit (in % des BIP)



Präsident und der Kongress gespalten sind. Die jetzt erreichte Grenze beträgt 31,4 Bio. US-Dollar, was 123% der amerikanischen Wirtschaftsleistung entspricht. Vor der Finanzkrise 2008 hatte dieser Anteil erst halb so hoch gelegen.

Die Republikaner, die im Repräsentantenhaus gegenwärtig die Mehrheit haben, hatten darauf gedrängt, einen harten Sparkurs zu vereinbaren. Die geschätzten Defizite über die nächsten zehn Jahre würden sich durch ihre Vorschläge von 18 Bio. US-Dollar um ein Viertel verringern – indem sie etwa das Wachstum der jährlich beeinflussbaren Ausgaben auf ein Prozent beschränken und diverse Programme, die unter Biden beschlossen wurden, rückgängig machen würden, so auch milliardenschwere Subventionen für den Kampf gegen den Klimawandel. Sicherlich hätte ein solcher drastischer Sparkurs verheerende Wirkungen für die sozialstaatlichen Leistungen, die Eindämmung des Klimawandels und für die Sicherung sowie Ausbau der Wettbewerbsvorteile für die US-Wirtschaft.

Handlungsoptionen mit Blick auf die Stimmung der Bürger*innen

Laut einer Umfrage des Pew Research Center sagten 57% der Bürger*innen, dass die Defizitreduktion für den Kongress und den Präsidenten Top-Priorität haben müsste – vor einem Jahr waren es erst 45% gewesen. Unter den Republikanern fordern dies 71%, unter den Demokraten 44%. Defizitreduktion wäre der bekannte neoliberal-konservative Weg, eine Sanierung der öffentlichen Finanzen könnten aber auch durch Verbesserung des Steuervollzugs oder eine umfassende Steuerreform erreicht werden.

Die Demokraten plädierten dafür, dass der Kongress die Schuldenobergrenze möglichst bald und möglichst weit anhebt oder gar völlig abschafft. Sie wollen das Vertrauen der Anleger*innen in die »sichersten Wertpapiere der Welt« wahren und der Existenzgrundlage amerikanischer Bürger*innen oder gar dem internationalen Finanzsystem keine irreparablen Schäden zufügen.

Die Republikaner versuchten dagegen, den Streit über die Modifikation der Schuldenobergrenze zu instrumentalisieren, um die Regierung Joe Bidens vom Pfad der »finanzpolitischen Verwahrlosung« abzubringen, und um sie zum Sparen zu zwingen. Ohne Reflexion über die Folgen wollten sie in einem Zeitraum von zehn Jahren drei Bio. US-Dollar einsparen, indem sie die Aufwendungen für die »woke, rebellische, verschwenderische Staatsbürokratie« auf das Niveau des Jahres 2019 zurückschrauben.

Die Budgetexperten schätzen in diesem Jahr das Staatsdefizit auf Bundesebene auf 1,4 Bio. US-Dollar und gehen in den kommenden zehn Jahren von durchschnittlichen Einnahmelücken von jährlich 2.000 Mrd. US-Dollar aus, da die Staatseinnahmen nicht mit den zunehmenden finanziellen Lasten mithalten können. So droht die Staatsschuldenquote in den kommenden zehn Jahren selbst unter relativ optimistischen Wachstums- und Konjunkturprognosen auf ein Rekordniveau von dann 120% der Wirtschaftsleistung zu steigen (siehe Abb. 2).

Die Corona-Pandemie und die Programme zur Sanierung der Infrastruktur haben die Ausgaben explodieren lassen (siehe Abb. 3). Im Zeitraum der letzten Jahrzehnte sind auch die Ausgaben für Soziales und Medicare kontinuierlich angestiegen. Die Logik der Republikaner, durch rigorose Kürzungen die US-Gesellschaft auf ein früheres Entwicklungsniveau hinabdrücken zu wollen, ist keine tragfähige Zukunftskonzeption. Politisch ist eine Neuordnung der öffentlichen Finanzen unverzichtbar, was aber ohne vorrangige Berücksichtigung der Einnahmen nicht zu haben ist (siehe Abb. 4).

Auch die US-Ökonomie kämpft um eine große Transformation in eine ökologisch-digitale Betriebsweise. Und auch in dem bisherigen Vorzeige-Kapitalismus ist diese Umwandlung nur zu haben, wenn die öffentlichen Dienstleistungen und sozialen Absicherungen weiter ausgebaut werden. Eine der Hauptursachen für die Expansion der Staatsfinanzen sind die Sozialversicherungen, deren Reform keineswegs die Lebensverhältnisse der Mehrheit der Amerikaner*innen positiv beeinflusst. Außerdem geht es um weitere wirtschaftliche Anreize für zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur, in die Bekämpfung des Klimawandels, in die Modernisierung des Gesundheitssystems oder auch darum, digitale Innovationen zügiger voranzubringen.

Die politische Polarisierung zwischen den MAGA-Republikanern und den reformorientierten Demokraten ist ein Hinweis, dass diese Spaltung nur durch einen sozial-ökologischen Umbau zurückgedrängt und letztlich überwunden werden kann. Die Verständigung auf eine große, politisch breit abgestützte Reform ist aber eher unwahrscheinlich. Doch unabhängig von den Einsparungen bleiben die Hauptursachen für den unhaltbaren Pfad der Staatsfinanzen unangetastet: Es sind die Sozialversicherungen und die Modernisierung der Infrastruktur, die ohne Reform die

amerikanischen Schulden explodieren lassen. Ohne den schließlich erreichten Kompromiss in Sachen Schuldengrenze wäre es im Extremfall zu einer Finanzkrise und gar zu einer Rezession gekommen, falls die Regierung technisch insolvent geworden wäre, weil sie nicht all ihre Rechnungen hätte rechtzeitig begleichen können. Zurecht mahnte Finanzministerin Yellen, die politischen Entscheidungsträger müssten auf längere Sicht unbedingt den finanzpolitischen Kurs der Nation ändern – etwa durch Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen.

Herabstufung der Kreditwürdigkeit

Stärker als der Druck der Republikaner auf einen Übergang zu einem sparsamen Umgang mit den Finanzressourcen des US-Staates fällt die Repression seitens der Rating-Agenturen aus, die die Kreditwürdigkeit der USA bewerten.

Für die Einstufung der Kreditwürdigkeit sind drei Agenturen aus den USA weltweit führend. Fitch hat die USA im Jahr 2023 von AAA auf AA+ abgestuft. Die Agentur S&P hatte bereits 2011 die gleiche Abstufung vorgenommen. Auch damals waren die praktischen Auswirkungen gering. Nur bei der Rating-Agentur Moody's haben die USA noch die Bestnote AAA. Mitarbeiter*innen hier hatten während des diesjährigen Streits um die Schuldenobergrenze aber bereits angekündigt, dass diese Note auf dem Prüfstand stehen könnte.

Die Rating-Agentur Fitch hat die Kreditwürdigkeit der USA nur noch mit der zweitbesten Note bewertet. Fitch hatte diese Abstufung bereits im Mai angedroht. Als Grund führen die Expert*innen an, dass die wiederholten Streits um die US-Schuldenobergrenze das Land in den vergangenen 20 Jahren mehrfach an den Rand der Zahlungsunfähigkeit gebracht hätten.

»Wiederholte politische Patt-Situationen bei der Schuldenobergrenze und Entscheidungen in letzter Minute haben das Vertrauen in die Haushaltsführung untergraben«, schreiben die Analyst*innen. Weil mit einer Besserung nicht zu rechnen

sei, könnten Anleger*innen, die US-Schuldscheine wie Anleihen kaufen, eben nicht mehr sicher davon ausgehen, dass die USA diese Schulden auch bedienen können.

Das Rating der Kreditagenturen ist mitentscheidend dafür, welche Zinssätze ein Staat für neue Staatsanleihen bieten muss. Die Logik dahinter ist, dass ein Staat niedrigere Wahrscheinlichkeiten, seine Schulden zurückzuzahlen, mit höheren Renditen belohnen muss. Sonst würden Anleger*innen nur Staatsanleihen der am besten benoteten Staaten kaufen, um das geringste Risiko einzugehen. Eine Abstufung von AAA auf AA+ dürfte die Zinssätze hier nicht in die Höhe schnellen lassen, sie macht die weitere Schuldenaufnahme für die USA aber teurer. Das wiederum wirkt sich auf den Kurs des US-Dollars aus. Werden US-Staatsanleihen unattraktiver, investieren weniger Anleger*innen in diese, weshalb wiederum weniger Geld insgesamt in US-Dollar angelegt wird und mehr in anderen Währungen.

»Langfristig deuten unsere Projektionen darauf hin, dass die Finanzpolitik geändert werden muss, um die steigenden Zinskosten anzugehen und um andere negative Folgen der hohen sowie immer weiter zunehmenden Verbindlichkeiten zu mildern«, formulierte Phillip L. Swagel als Direktor des Haushaltsamtes seine Bedenken.

Der fragwürdige Kompromiss

Der letztlich ausgehandelte Kompromiss in Sachen Schuldenobergrenze ist von einer grundlegenden Veränderung der Finanzpolitik weit entfernt. Er sieht vor, dass der Umfang des Bundeshaushalts, den die Demokraten ausweiten wollten, faktisch eingefroren wird. Dafür werden die Budgets vieler Bundesbehörden und Ministerien eingeschränkt. Mit dem Deal sind viele Demokraten wie auch Republikaner unzufrieden.

Linke Demokraten beklagen etwa Kürzungen im sozialen Bereich. Rechten Republikanern gehen die Einsparungen nicht weit genug. Und auch viele moderate Politiker*innen aus der



Foto: Kurdishstruggle, CC BY 2.0



Krieger*innen oder Friedensengel? – Geschlechterrollen im Krieg

Außerdem: Aufstand in Iran |
Polizeigewalt in Frankreich | Wieder-
entdecktes Gastarbeiterkino

52 Seiten, € 6,-

www.iz3w.org

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

Mitte beider Parteien sind keineswegs begeistert. Angesichts der drohenden dramatischen Konsequenzen durch einen Zahlungsausfall stimmten letztlich ausreichend Kongressmitglieder aus beiden Lagern für den Deal, und sicherten so die nötige Mehrheit im Parlament.

Präsident Joe Biden verteidigte diese Zusammenarbeit zwischen Demokraten und Republikanern: »Niemand bekommt in einer Verhandlung alles, was er will.« Die überparteiliche Einigung sei ein großer Gewinn für die Wirtschaft und das amerikanische Volk. In dramatischen Situationen führe kein Weg an überparteilicher Kooperation vorbei. »Wir haben eine wirtschaftliche Krise und einen wirtschaftlichen Kollaps verhindert.« Egal wie groß die inhaltlichen Unterschiede seien – die Parteien sollten einander nicht als Gegner*in ansehen, sondern als Mitbürger*in. Sie müssten einander mit Respekt behandeln und zum Wohle des Landes zusammenarbeiten. Mit Blick auf den Kompromiss sagte Biden: »Keiner hat alles bekommen, was er wollte, aber das amerikanische Volk hat bekommen, was es brauchte.«

Die Republikaner haben gefordert, dass hilfsbedürftige Menschen künftig mehr arbeiten müssten, um Lebensmittelmarken oder Beihilfen im Krankheitsfall zu erhalten. Erneut wurde ein überfälliger Ausbau von sozialen Dienstleistungen verhindert. Die Demokraten wollten die staatlichen Einnahmen eigentlich durch die stärkere Besteuerung von Reichen erhöhen. Dagegen stemmten sich die Republikaner entschieden.

Das Abkommen enthält auch Maßnahmen zur Verbesserung des Stromnetzes der Nation, um erneuerbare Energien aufzunehmen, während die Genehmigungen für Pipelines und andere Projekte für fossile Brennstoffe beschleunigt werden. Außerdem würden die Steuerbehörden nur mit 70 Mrd. zusätzlichen US-Dollars bedacht statt der 80 Mrd. US-Dollar, die Präsident Biden im Rahmen seines Inflation Reduction Act zur Verbesserung der Steuerverwaltung, d.h. des Steuervollzugs, vorgesehen hatte. Die Demokraten argumentieren, die enorme Summe würde sich schnell amortisieren, weil es danach weniger Steuerbetrug gebe.

Die Republikaner dagegen warnen vor einer Flut von Steuerbeamten*innen und vor einer »Steuerdiktatur«. Manche von ihnen beklagen zudem, dass diese »Kürzungen« weitaus begrenzter ausfallen würden als die Budgetkürzungen und sonstigen Auflagen, die sie Anfang Mai im »Limit, Save, Grow Act of 2023« vorgeschlagen und gefordert hatten.

Genauer betrachtet verdeutlicht die zeitweilige Aussetzung der Schuldengrenze, also des Rückgriffs auf öffentliche Kredite, die grundlegenden Differenzen zwischen Republikanern und Demokraten. Dieser Grundsatzstreit wird mit hoher Wahrscheinlichkeit den kommenden Wahlkampf prägen. Die Argumentation der Republikaner zielt nach wie vor auf die Beschränkung der öffentlichen und sozial-ökologischen Interventionen des Staates. »Wir haben nicht Tausende Milliarden Dollar an Schulden, weil wir nicht genug Steuern erhoben hätten, sondern weil wir zu viel ausgeben.« Dieses Argument, von Ronald Reagan vor Jahrzehnten erfolgreich eingesetzt, soll auch heute die Zukunftsgestaltung prägen. Es ist nicht zu bestreiten, dass die öffentlichen Verbindlichkeiten des amerikanischen Staates aufgrund der gigantischen, auf Kredit finanzierten Ausgabenprogramme expandiert sind.

In Zeiten deutlich ansteigender Zinsen wird dieser Schuldenberg zu einer Beschränkung für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bürger*innen. Die Alternative hieße: Kann man den Steuervollzug verbessern und die Praxis der Steuerhinterziehung zurückdrängen, und lassen sich zugleich die Steuern auf höhere Einkommen und Vermögen ausweiten, oder soll der Großteil der Bürger*innen auf soziale Dienstleistungen und staatliche Hilfsprogramme verzichten?

Budgetexpert*innen in den USA taxieren in diesem Jahr das Staatsdefizit auf Bundesebene auf 1,4 Bio. US-Dollar und in den kommenden zehn Jahren sollen die durchschnittlichen Einnahmelücken jährlich 2.000 Mrd. US-Dollar betragen. Später könnte sie unter Umständen sogar noch deutlich stärker zunehmen, weil das Fremdkapital bei steigenden Zinsen immer mehr kostet, und weil die Sozialversicherungen chronisch unterfinanziert sind. Diese müssen früher oder später stärker staatlich alimentiert werden, weil immer mehr Babyboomer ihre entsprechenden Ansprüche anmelden.

Glaut man jüngst publizierten Schätzungen, so wird den Social Security Trust Funds in weniger als zehn Jahren das Geld ausgehen, weil die hohe Inflationsrate die Verwaltungskosten treibt, und weil sie aufgrund der automatischen Anpassung zu explodierenden Auszahlungen führt.

Das Missverhältnis zwischen staatlichen Ausgaben und den gegenwärtigen Einnahmen müsste grundlegend bereinigt werden. Dies gilt umso mehr als weitere wirtschaftliche Anreize für zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur, in die Bekämpfung des Klimawandels, in die Modernisierung des Gesundheitssystems oder auch in digitale Innovationen, unverzichtbar sind.

Durchbrechen des Teufelskreises?

Will man dem Teufelskreis zwischen rasch zunehmenden Verbindlichkeiten, unzureichenden Einnahmen und steigenden Zinsen entkommen, d.h. die periodischen Rängeleien über Schuldenkrisen vermeiden, muss eine grundlegende Veränderung in der Besteuerung von Einkommen und Vermögen durchgesetzt werden. Sparpolitik, Schuldenbremsen oder Abbau von öffentlichen Leistungen sind die schlechtere Alternative.

Produktive Gesellschaften stützen sich auf leistungsfähige staatliche Institutionen. Good Governance steht in diesem Sinne für effektive und effiziente Strukturen, die die Bürger*innen optimal darin unterstützen, ein produktives Leben nach ihrem Willen und ihren Möglichkeiten in einem sicheren Umfeld zu führen. Im Kern geht es um das Zusammenspiel von gesellschaftlicher Arbeit und Sozial- und Rechtsstaatlichkeit.

Präsident Biden betont aktuell zu Recht, die überparteiliche Einigung sei ein Gewinn für die Wirtschaft und das amerikanische Volk. Aber sollen weitere dramatische Situationen wie die Schuldenkrise vermieden werden, führt kein Weg an einer überparteilichen Kooperation in grundlegenden Fragen vorbei.

Schuldenpolitik im Zeitalter der Polykrisen

Drei Jahre nach Ausbruch der Corona-Pandemie sind die Staatsschulden weltweit zwar wieder gesunken. Doch der Internationale Währungsfonds rechnet damit, dass die weltweite Staats-

verschuldung in den kommen Jahren weiter steigen wird. Nach Ausbruch der Corona-Pandemie waren die Staatsschulden weltweit auf einen bisherigen Höchststand gestiegen: auf fast 100% Staatsverschuldung in Relation zum weltweiten Bruttoinlandsprodukt (BIP). Danach waren die Schulden kurzzeitig wieder gesunken. Inzwischen sind sie aber schon fast wieder auf dem Spitzenniveau angekommen und liegen bei 98,3%, so der IWF.

»Unterm Strich ist die weltweite Staatsverschuldung jetzt deutlich höher und wird voraussichtlich erheblich schneller wachsen als in den Projektionen vor der Pandemie«, schreibt der IWF in seinem aktuellen »Fiscal Monitor«. Ursachen seien unter anderem das verlangsamte Wachstum und steigende Realzinsen, die auch die Haushalte einiger Staaten belasten würden.

Der IWF rechnet damit, dass auch der Kampf gegen den Klimawandel die Schulden künftig weiter ansteigen lassen wird. Werde weiter auf den bisherigen Maßnahmenmix aus Subventionen und anderen öffentlichen Ausgaben gesetzt, führe dies bei entwickelten Volkswirtschaften und Schwellenländern zu einem Anstieg der öffentlichen Verschuldung um 40 bis 50 Prozentpunkte des BIP, heißt es dort.

Um die Staatsausgaben künftig nicht drastisch ansteigen zu lassen, zieht der IWF in Erwägung, für den Kampf gegen den Klimawandel an der Steuerschraube zu drehen. »Wenn die Finanzstabilität gewahrt bleiben soll, müssen die politischen Ambitionen zurückgeschraubt oder die politischen Grenzen bei der Besteuerung verschoben werden«, heißt es in dem Bericht. Eine CO₂-Steuer wäre danach zwar wichtig, aber alleine nicht ausreichend, um solide Staatsfinanzen zu gewährleisten.

Deutschland kam im ersten Quartal 2023 auf einen Schuldenstand von rund 66% des Bruttoinlandsprodukts. In der EU hat Griechenland mit einer Schuldenquote von 168% die meisten Staatsschulden. Estlands Schuldenstand liegt dagegen gerade einmal bei 17%. Weltweit gesehen machen China und die USA fast die Hälfte der Gesamtverschuldung aus. Wegen der Pandemie waren in der EU die bisherigen Fiskalregeln ausgesetzt worden. Die besagen, dass Länder Gegenmaßnahmen ergreifen müssen, wenn sie über 60% bei der Staatsverschuldung kommen.

Aktuell sind etliche Krisen zusammengekommen, die »normalerweise nur einmal im Leben auftreten« und daher den Begriff Zeitalter der Polykrisen verdienen: zunächst die weltweite Finanzkrise 2007/08, dann die Covid-Krise und schließlich der Überfall Russlands auf die Ukraine.

Eine der Folgen der vielen Krisen: die enorme Last an Staatsschulden, die sich weltweit aufgehäuft hat, vor allem durch Bankenrettungen, Covid-Hilfsprogramme und schließlich enorme Energiekostensteigerungen. Dieses Problem wird aktuell dringlicher. Denn infolge der Inflation erhöhen Zentralbanken weltweit die Leitzinsen – was die Kosten der Staaten für die Schuldenlast weiter in die Höhe treibt.

Die weltweite Staatsverschuldung ist enorm gestiegen. Im Vorjahr hat sie einen Rekordwert erreicht. Sie stieg gegenüber 2021 um 9,5% auf umgerechnet 66 Bio. Euro. Zuvor wuchsen die Schulden allein im Corona-Jahr 2020 so stark wie in keinem anderen Jahr seit dem Zweiten Weltkrieg. Es handelt sich um ein Problem, das Entwicklungsstaaten und reiche Länder gemeinsam haben.

Notenbanken arbeiten gegen Regierungen

Noch dazu wird die Situation gerade besonders vertrackt, weil die Zentralbanken mit ihrer Zinspolitik und die Regierungen mit ihrer Fiskalpolitik tendenziell auseinanderstreben. Erstere wollen durch Zinserhöhungen die Inflation in den Griff bekommen, Letztere mit Hilfsprogrammen ihren Bürger*innen gegen hohe Energie- und Lebensmittelpreise zur Seite stehen – was zwar notwendig ist, aber die Inflation weiter anheizt.

Wie den Spagat bewältigen? Einen ansatzweisen Ausweg zumindest für die EU-Staaten skizziert EU-Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni: Um Inflation wie Schulden in den Griff zu bekommen, sei es zunächst notwendig, die breiten und umfassenden Hilfsprogramme, die EU-Staaten gegen Pandemie und Energiekrise auflegen, »graduell zu limitieren und zurückzufahren«, so der Kommissar. »Aus einem sozialen Standpunkt heraus ist das zwar nicht einfach, aber wir müssen zu gezielteren Maßnahmen übergehen.« Es brauche also Hilfsmaßnahmen etwa spezifisch für sozial Schwache, nicht aber für den Großteil der Bevölkerung. Setzt man diese Schritte nicht, warnt Gentiloni, würden Schulden und Inflation »neue Höhen« erreichen.

Für »strategische Ziele«, die dem Vorantreiben der Energie- und Klimawende gelten, dürfe man getrost Staatsschulden machen, meint Gentiloni. Die grüne Transformation »müssen wir schlicht finanzieren« – nicht nur um das Klima zu retten, sondern auch um die Energiepreise wieder unter Kontrolle zu bringen. Denn schuldenfinanziertes staatliches Geld kann u.a. in den forcierten Ausbau erneuerbarer Energien fließen, die billiger sind als fossile. Mit Eurobonds bei langfristigen Investitionen durch Staaten könnten Ausnahmen von Schuldenregeln vereinbart werden. Die Verbesserung der Einnahmeseite durch Steuererhöhungen und Verbesserung der Praxis des Steuervollzugs bleibt wie immer unberücksichtigt.

Investitionen könnten durch staatliche Kredite aber auch steuerfinanziert werden. Auch der Sachverständigenrat hat sich in seiner aktuellen Expertise für temporäre Steuererhöhungen ausgesprochen. Zudem gibt es verteilungspolitische Gründe für höhere Steuern, wenn die Ungleichheit als Problem erkannt wird.

Andererseits gibt es nicht nur politisch-soziale Hindernisse für höhere Steuern auf Unternehmererträge. Bis in die 1970er-Jahre gab es in Europa und den USA Spitzensteuersätze bis über 90%. Im Rahmen der Kapitalverkehrsfreiheit und des zunehmenden Steuerwettbewerbs sind solche Steuersätze heute schwer durchsetzbar. In einem solchen Wettbewerb sind progressiven Steuern Grenzen gesetzt. Die Umverteilung nimmt ab, die Ungleichheit steigt, die Polarisierung nimmt zu. Sollte eine internationale Koordination bei der Steuer- und Schuldenpolitik misslingen, nationale Regierungen weiter um Wohlstand, Finanzmittel, Steuerbasis, Industrien sowie Arbeitsplätze konkurrieren, könnte die zunehmende wirtschaftliche und gesellschaftliche Polarisierung Populisten und Extremisten aller Couleur hervorbringen.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu

theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

